

12.11.2024

DGVT fordert Politik zum Handeln auf: GVSG noch in dieser Legislatur beschließen!

TÜBINGEN – Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) drängt mit Nachdruck auf die Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (GVSG). Trotz der aktuellen politischen Unsicherheiten durch den Bruch der Ampelkoalition darf es nicht dazu kommen, dass die dringend benötigte Regelung zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung in letzter Minute scheitert.

Eine gesetzliche Grundlage, die die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung sichert, ist unverzichtbar. Ohne diese Regelung wird es nicht ausreichend genug Weiterbildungsstätten geben, in denen Absolvent*innen des neuen Psychotherapiestudiengangs ihre Fachkunde erlangen können. Das Risiko eines erheblichen Versorgungsengpasses in der Psychotherapie ist real, wenn das Gesetz nicht verabschiedet wird.

Die DGVT appelliert daher eindringlich an die politischen Entscheidungsträger*innen, das GVSG wie geplant noch in dieser Legislatur im Bundestag zu beschließen. Nur so kann die Versorgung in der psychotherapeutischen Praxis langfristig gesichert werden.